

Oliver Prausmüller/Alice Wagner (Hrsg.)

Reclaim Public Services

Bilanz und Alternativen zur
neoliberalen Privatisierungspolitik



VSA

Oliver Prausmüller/Alice Wagner (Hrsg.)
Reclaim Public Services

Oliver Prausmüller / Alice Wagner (Hrsg.)

Reclaim Public Services

Bilanz und Alternativen

zur neoliberalen Privatisierungspolitik

VSA: Verlag Hamburg

Die Publikation wurde finanziell durch das Netzwerk Wissenschaft der AK Wien unterstützt.



www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2014, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten

Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN: 978-3-89965-602-2

Inhalt

Oliver Prausmüller / Alice Wagner
**Reclaim Public Services. Zur Auseinandersetzung
um die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen** 7

1. Privatisierung in der Kritik

Jörg Flecker
Was ist da schiefgegangen? 25
Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen
und die Qualität der Beschäftigung

David Hall
**Öffentlich-Private Partnerschaften –
die Lehren aus internationaler Erfahrung** 41

Werner Raza
**Öffentliche Dienstleistungen in internationalen Handelsabkommen:
Erfahrungen aus der GATS-2000-Debatte** 65

2. Aktuelle Arenen der Auseinandersetzung

Heide Rühle
**EU-Richtlinie zu Dienstleistungskonzessionen:
Liberalisierung des Wassers wurde verhindert** 89

Joseph Zacune / Sol Trumbo Vila
**Die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen
im Europa der Austerität** 110

Markus Krajewski
**»GATS plus«: Öffentliche Dienstleistungen in Freihandels-
und Investitionsabkommen der Europäischen Union** 132

3. Alternativen für die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen

Roland Atzmüller

Die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates in der Krise 159

Soziale Sicherungssysteme und öffentliche Dienstleistungen
in der Austerität

Judith Schacherreiter

Öffentliche Dienstleistungen im Lichte der Commons-Debatte 179

Zur Verteidigung der Gemeingüter am Beispiel der Wasserversorgung

Martin Pigeon

Wasser: Rekommunalisierung eines lebenswichtigen Bereichs 195

Claudia Falk/Thorsten Schulten

**Rekommunalisierung und Gewerkschaften –
ein spannungsgeladenes Verhältnis** 216

Christoph Hermann

Der Kampf um öffentliche Dienstleistungen 238

Die Autorinnen und Autoren 259

Oliver Prausmüller/Alice Wagner

Reclaim Public Services: Zur aktuellen Auseinandersetzung um die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen

Einleitung

Geht es um die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen, sind in Europa derzeit zwei widerstreitende Entwicklungen anzutreffen. BefürworterInnen eines neuerlichen Privatisierungsschubs stützen sich insbesondere auf die »Politik der leeren Kassen« und die rigiden Sparauflagen, die vielfach in verschärfter Form auf die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008ff. gefolgt sind. Aus dieser Perspektive stellt die Krise gleichsam einen Hebel dar, den Wunsch nach erweiterten Anlage- und Geschäftsfeldern in der Daseinsvorsorge zu verwirklichen. Zugleich lässt sich nicht ausblenden, dass die in den 1980er Jahren losgetretene Euphorie zur Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen vielerorts verebbt ist. Den markantesten Gegenakzent bilden hier die Konsequenzen, die bisweilen vor allem auf kommunaler Ebene aus negativen Erfahrungen mit z.B. Versorgungssicherheit, Dienstleistungsfinanzierung und -qualität gezogen worden sind: Die vermehrte Rückführung von Leistungen der Daseinsvorsorge in Bereichen wie etwa Wasserver- und Abwasserentsorgung, Energie oder Verkehr in die öffentliche Hand lässt von einer wichtigen »Gegenbewegung« (Matecki/Schulten 2013) bis zur »Renaissance der Kommune« (Broß/Engartner 2013) sprechen. Es ist unmittelbar offen, für welche dieser widerstreitenden Entwicklungen die Krise 2008ff. längerfristig gesehen ein Momentum darstellt: Kann durch die Abwälzung der Krisenkosten auf die öffentlichen Haushalte gerade auch die Vision eines minimalisierten öffentlichen Dienstleistungssektors neuerlich auf den Weg gebracht werden? Oder kommt die Wahrnehmung einer umfassenderen Krise der Liberalisierungs- und Privatisierungsideologie der letzten Jahrzehnte zum Durchbruch? Dann wären die – keineswegs nur in Europa beobachtbaren¹ – Rückführungen ehemals

¹ Vgl. z.B. für den Bereich der Wasserversorgung die laufenden Aktualisierungen des »Water Remunicipalisation Tracker« unter www.remunicipalisation.org/ sowie die Dokumentationen des »Municipal Services Project« unter www.municipalservicesproject.org/.

privatisierter Dienstleistungen in die öffentliche Hand Einstiegsprojekte in eine grundlegendere Kehrtwende, die Motive der demokratischen, sozialen und ökologischen Tragfähigkeit in den Mittelpunkt eines neu entstehenden Entwicklungsmodells stellt.

Diese Widersprüche führen zu Auseinandersetzungen, die weit über den konventionellen nationalstaatlichen Rahmen hinausweisen. Während Entscheidungen zur Erbringung, Organisation und Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen bis in die 1990er Jahre kaum mit dem Entwicklungsweg der Europäischen Union kollidierten, stellt sich ihre Binnenmarkt-, Fiskal- und Globalisierungspolitik zunehmend auch für die Daseinsvorsorge als »neoliberale Handlungsarena und Kampffeld für progressive Politik« dar (Bieling 2003, Bieling/Deckwirth/Schmalz 2009, Raza 2009). Dafür finden sich die aktuellsten Bezüge beispielsweise in den zuletzt gescheiterten Versuchen, die Wasserversorgung im Zuge der so genannten EU-Konzessionsrichtlinie unter verstärkten Druck zur Marktöffnung zu setzen, oder dem rezenten Vorhaben, auch Leistungen der Daseinsvorsorge im Rahmen des EU-USA-Freihandels- und Investitionsschutzabkommens »TTIP« und im parallel verhandelten Folgeprojekt zum WTO-Dienstleistungsabkommen GATS, dem so genannten Trade in Services Agreement »TiSA«, zur Verhandlungsmasse offensiver kommerzieller Interessen zu machen (vgl. dazu den Folgeabschnitt). Zwar ist dieser spezifische Fokus der EU-Politik auf öffentliche Dienstleistungen alles andere als neu. Dieser wettbewerbsorientierte Bias war schon vor der Krise vorherrschend und findet sich in seinen Grundsätzen bereits in den Anfängen des EU-Primärrechts.

Doch während positive Beispiele für ein Umdenken auf EU-Ebene bislang spärlich sind, zeigt sich insbesondere seit den 1990er Jahren ein erweiterter Zugriff des EU-Binnenmarkt- und Wettbewerbsrechts auf die Handlungsspielräume zur Erbringung, Organisation und Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dadurch ist eine wiederkehrende Dynamik zwischen fortschreitenden Liberalisierungsprojekten, ihrer teilweisen Abschwächung nach Protest und ihrer neuerlichen Aufnahme zu beobachten (Wagner 2013). Hier reihen sich auch neuere Reorganisationsprojekte wie z.B. die EU-Konzessionsrichtlinie in ein historisch durchwachsenes Konfliktfeld ein, das durch den Widerstreit zwischen der ordnungspolitischen Orientierung auf Wohlfahrtsstaatlichkeit, auf (Binnen-)Markt und Wettbewerb sowie den Handlungskompetenzen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten dimensioniert ist (Krajewski 2013). Diese Konflikte setzen sich auf erweiterter Stufenleiter in der Handels- und Investitionsschutzpolitik der Europäischen Union fort. Der Aufbau eines globalisierten Dienstleistungsmarktes kraft internationaler Freihandelsabkommen führt dabei auf besonders markante

Weise vor Augen, wie ungleichgewichtet öffentliche Interessen gegenüber den expansiven Interessen transnationaler Dienstleistungskonzerne verhandelt werden. Damit sind nicht nur die wiederholten Kritiken an der Intransparenz und dem privilegierten Zugang unternehmenszentrierter Lobbynetzwerke in der Ausgestaltung der EU-Handels- und Investitionsschutzpolitik angesprochen. Letztlich spiegeln Projekte wie das WTO-Dienstleistungsabkommen GATS (1995ff.) und jüngste Neuauflagen wie »TiSA« (2012ff.) und »TTIP« (2013ff.) die wiederholten Versuche, das Leitbild minimalisierter Wohlfahrtsstaatlichkeit gerade auch auf dem Weg völkerrechtlich bindender Verträge gegenüber EU-Drittstaaten zu forcieren. Sind langfristige Liberalisierungsverpflichtungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge gegenüber EU-Drittstaaten einmal verankert, gelten diese gegenüber demokratischen Zugriffen als weitgehend immunisiert. Dieser Politikansatz des »neuen Konstitutionalismus« erweist sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen zur Rückführung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand als folgenreich: Denn ein politischer Kurswechsel kann damit so teuer wie möglich gemacht werden, politisch-demokratische Handlungsspielräume treten im Sinne einer marktkonformen Demokratie gegenüber der Verpflichtung zu »einmal privat – immer privat« in den Hintergrund (Sinclair 2014, Opratko/Prausmüller 2011).

Die Auseinandersetzung über die künftige Entwicklungsrichtung öffentlicher Dienstleistungen gestaltet sich damit nicht nur äußerst vielschichtig, sondern lässt sich zudem als ein zentraler Umschlagspunkt für die Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen eines fortschrittlichen europäischen Sozialmodells verstehen. Denn letzterem fehlt ohne neu gewonnene Handlungsspielräume für den transeuropäischen Ausbau öffentlicher Dienste die Basis (Huffschmid/Mazier 2009).

Vor diesem Hintergrund gilt der Schwerpunkt dieses Buches aktuellen Entwicklungen in der Binnenmarkt- und Freihandelspolitik der Europäischen Union. Welche Projekte und Strategien werden hier gegenwärtig verfolgt? Wo bestehen Kontinuitäten und Brüche in der europäischen Liberalisierungspolitik? Welche Unterschiede zeigen sich allenfalls aus einem globaleren Blickwinkel? Und: Welche Perspektiven und Gegenbewegungen lassen sich für die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen und den Ausbau von Sozialstaatlichkeit ausmachen? Diese und andere Fragen wollen wir im Rahmen des Buches »Reclaim Public Services: Bilanz und Alternativen zur neoliberalen Privatisierungspolitik« (kurz: RPS) vertiefen und diskutieren.

1. Privatisierung in der Kritik

Die Erfahrungen mit den Wegen und Folgen der (De)Formierung öffentlicher Dienstleistungen sind nach mehr als zwei Jahrzehnten vertiefter Neoliberalisierung zwangsläufig reichhaltig. Umso mehr wird auch die Notwendigkeit hervorgestrichen, die institutionell-regulative Vielfalt und die unterschiedlichen Erscheinungsformen der damit verbundenen Reorganisationsprojekte im Blick zu behalten (vgl. Bieling/Deckwirth/Schmalz 2008, Hermann/Verhoest 2012, Brenner/Peck/Theodore 2014). Dafür nimmt der erste Abschnitt von RPS, »Privatisierung in der Kritik«, drei markante Erfahrungsbereiche als Ausgangspunkt.

Jörg Flecker widmet sich eingangs der Frage, was bei der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen insbesondere auch für die Qualität von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen schiefgegangen ist. Vor dem Hintergrund der vergleichenden Analysen des europäischen Forschungsprojekts PIQUE (www.pique.at) zeigt sich: Entgegen den Beteuerungen wirtschaftsliberaler Promotoren in Politik und Mainstream-Ökonomie ging die Anzahl der Arbeitsplätze teils drastisch zurück. Eine Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen ist die Regel und vielfach Teil einer Geschäftsstrategie, die auf Lohndumping baut. Durch politische Interventionen wurden Märkte für Dienstleistungen geschaffen und zugleich ein Aushebeln bestehender Kollektivvertragssysteme befördert. Auch innerhalb der ehemaligen öffentlichen Monopolisten zeigt sich eine verstärkte Spaltung der Arbeitsbeziehungen: So kommen zu den Fragmentierungen der Tariflandschaft durch die Gefälle zwischen Stamm- und Randbelegschaften etwa die Entstehung kollektivvertragsfreier Zonen und die systematische Umgehung des Arbeitsrechts durch Scheinselbständigkeit hinzu. Während in der gegebenen Situation in Bemühungen um Verhandlungssysteme auf Branchenebene, sozialen Klauseln in der öffentlichen Auftragsvergabe und Maßnahmen gegen die Zergliederung der Beschäftigung auch innerhalb einzelner Unternehmen wichtige Ansatzpunkte gesehen werden, führt die vorherrschende Krisenpolitik zu einer skeptischen Einschätzung. Denn diese forciert eine Agenda »struktureller Reformen« des Arbeitsmarktes, die gerade auch bei der Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen zu erheblichen Folgeproblemen geführt hat: Vermeidung von Mindestlöhnen, Dezentralisierung von Verhandlungssystemen, Abbau des Beschäftigungsschutzes usw. Dies verweist darauf, dass zwar im Bereich öffentlicher Dienstleistungen etwas für die Qualität der Arbeit schiefgelaufen ist, nicht aber für die dominanten Kräfte in der europäischen Politik. Diesen war es durch die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen nicht nur möglich, zentrale Leistungen

der Daseinsvorsorge für die Erzielung privater Gewinne zu öffnen, sondern auch eine Schwächung der kollektiven Arbeitsbeziehungen inklusive der kollektiven Lohnfindung als »Plus« für ihre Agenda »struktureller Reformen« zu verbuchen.

David Hall wendet sich in seinem Beitrag wiederum den Lehren aus internationalen Erfahrungen mit »Öffentlich-Privaten Partnerschaften« (ÖPP) zu. Diese kommen oftmals bei der Auslagerung einzelner öffentlicher Aufgabenbereiche an private Unternehmen – z.B. in der Form von Konzessionen – zum Einsatz und werden etwa im Rahmen der Weltbank oder der Europäischen Kommission als zentrales Finanzierungsinstrument für öffentliche Infrastrukturinvestitionen propagiert. Hall zeigt in diesem Zusammenhang eine Schiefelage zwischen negativen empirischen Befunden und fortgesetzter Förderung von ÖPP auf: Während die internationale Erfahrung der letzten 15 Jahre zeigt, dass es sich bei ÖPP um eine teure und ineffiziente Finanzierungsform für Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen handelt, werden diese ohne Unterlass von globalen Netzwerken aus Unternehmen, Beratungsforen und internationalen Institutionen forciert. In seiner Revue internationaler Erfahrungen mit ÖPP widmet sich der Beitrag auch den Verwerfungen im Vereinigten Königreich. Hier wird am Beispiel der so genannten Private Finance Initiative und der Londoner Transport-ÖPP verdeutlicht, welche Problemverkettungen letztlich zu einer Beendigung der Programme geführt haben. Zugleich zeigt der Beitrag, wie der Druck sowie Anreiz zum Einsatz von ÖPP in Europa im Zuge von Austeritäts- und Förderprogrammen zunimmt. So bewirbt etwa die Europäische Kommission diese aktiv als zentrales Finanzierungsinstrument für Infrastrukturinvestitionen, obwohl ÖPP in Portugal und Zypern als Mitursache der Finanzprobleme identifiziert wurden. Angesichts der Dekonstruktion der Wirtschaftlichkeitsargumente, die für ÖPP wiederholt ausgegeben werden, stellt Hall umso mehr die Sorgfalt der zugrunde liegenden Kosten-Nutzenanalysen in Zweifel. Ein seriöser Vergleich von Handlungsoptionen müsse gerade auch die Auswirkungen auf die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen oder etwa die Beschäftigungsentwicklung berücksichtigen.

Der dritte Beitrag führt wiederum zu einer Auseinandersetzung, die rund um die Jahrtausendwende die neue Relevanz des internationalen Handelsregimes für öffentliche Dienstleistungen verdeutlicht hat. *Werner Raza* unternimmt eine polit-ökonomische Ortsbestimmung des GATS, des Dienstleistungsabkommens der Welthandelsorganisation, und lotet die Einflussmöglichkeiten für politische Akteure im Multi-Ebenen-System der EU-Handelspolitik aus. Dafür bildet zunächst eine Einführung in den Umbau von Staatsfunktionen und das Zusammenspiel von Liberalisierungs- und

Privatisierungsmaßnahmen in der neoliberalen Transformation die Grundlage. Der Bedeutungsgewinn von Handelsabkommen wie dem GATS für öffentliche Dienstleistungen lässt sich dabei nicht ohne die vorangegangenen marktschaffenden Maßnahmen in der Daseinsvorsorge auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene verstehen. Raza entwickelt im Zuge seines Beitrags eine Typologie, die nicht nur im Zusammenhang mit dem GATS eine tiefgehende Analyse der strategischen Stoßrichtung von Liberalisierungsprojekten ermöglicht. Erstens verweist die Option einer »Top-down-Liberalisierung« auf den Versuch, marktschaffende oder -vertiefende Maßnahmen in der Daseinsvorsorge »von oben« gegenüber der nationalen oder kommunalen Ebene durchzusetzen. Diese Option kann beispielsweise dann zum Zuge kommen, wenn Liberalisierungen auf nationaler Ebene bislang an starkem Widerstand gescheitert sind und eine »günstigere« Ebene für ihre Durchsetzung avisiert wird. Zweitens verweist die »Lock-in«-Option auf bereits durchgesetzte Liberalisierungen, die etwa durch Verpflichtungen in internationalen Freihandelsabkommen langfristig abgesichert werden. In dieser erschwerten Reversibilität sieht Raza bislang den zentralen »Mehrwert« des GATS. Derartige Bindungen wurden von der EU in den GATS 2000-Verhandlungen beispielsweise für Post- und Zustelldienste sowie Verkehrsdienstleistungen angeboten. Drittens wird die Option einer »außenorientierten Liberalisierung« identifiziert. Hier liegt die Stoßrichtung vornehmlich auf einer selektiven Liberalisierungsstrategie, da das offensive Interesse an der Erschließung neuer Märkte in EU-Drittstaaten nicht unmittelbar mit einer Öffnung des »Heimmarktes« für ausländische Konkurrenzunternehmen korrespondieren muss. Beispielsweise richtete die EU in den GATS 2000-Verhandlungen an 72 Staaten die Forderung, die Wasserversorgung für europäische Wasserkonzerne zu öffnen und auf jedwede Vorzugsbehandlung für lokale Anbieter zu verzichten. Wie diese potenziellen Liberalisierungsstrategien im vermachteten Terrain der EU-Handelspolitik weiter verhandelt werden, gewinnt angesichts der gegenwärtigen Konjunktur von neueren Abkommen wie etwa dem GATS-Folgeprojekt »TiSA« umso mehr an Bedeutung. Denn die Verhandlungen für dieses neue internationale Dienstleistungsabkommen werden seit dem Jahr 2012 durch eine »Koalition der Willigen« forciert, die neben der EU und den USA bisweilen eine Sondergruppe von 21 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation umfasst (die »Really Good Friends of Services«). In Anbetracht der stockenden GATS-Verhandlungen soll das »TiSA«-Abkommen eine Vorreiterfunktion einnehmen und den Weg für einen weiteren Liberalisierungsschub im internationalen Dienstleistungshandel ebnen (Sinclair/Mertins-Kirkwood 2014, Prausmüller 2013).

2. Aktuelle Arenen der Auseinandersetzung

Der zweite Abschnitt »Arenen der Auseinandersetzung« zeigt aktuelle Kämpfe um die öffentlichen Dienstleistungen auf. Diese sind unmittelbar in die Konflikte um die Wettbewerbs(des)orientierung und austeritätsgetriebenen Krisenstrategien in der dominanten EU-Politik eingebettet (Feigl/Zuckerstätter 2013, Oberndorfer 2013). Auch hier zeigt sich ein folgenreicher Widerstreit zwischen Projekten für das weitere Festzurren eines neoliberalen Korsetts und den Versuchen eines Kurswechsels.

Als Abgeordnete zum Europäischen Parlament für die Fraktion Grüne und Regionalisten war *Heide Rühle* unmittelbar in einen jener aktuellen Kämpfe involviert: die Konzessionsrichtlinie, welche Binnenmarktkommissar Michel Barnier 2012 im Rahmen eines neuen Vergaberechtspakets vorlegte. Bis zu diesem Zeitpunkt waren Dienstleistungskonzessionen von den Vergaberichtlinien ausgenommen bzw. unterlagen nur grundlegenden Bestimmungen des EU-Primärrechts wie Transparenz, Gleichbehandlung oder Nicht-Diskriminierung. Gerade Dienstleistungskonzessionen sind aber besonders sensibel, da sie vor allem im Bereich der Daseinsvorsorge etwa im Wasser-, Abfall- oder Energiesektor eingesetzt werden. Die Autorin verortet den Vorschlag für eine Konzessionsrichtlinie als Bestandteil einer anhaltenden Liberalisierungsstrategie der Kommission und zeichnet Versuche seit den frühen 1990er Jahren nach, auch den Bereich der Konzessionen sekundärrechtlich zu erfassen. In ihrem Beitrag beschreibt Rühle im Detail die Einschränkungen kommunaler Selbstverwaltung, welche sich aus dem ursprünglichen Kommissionsentwurf ergeben hätten. Dazu zählen konkrete Erschwernisse für Mehrspartenunternehmen, kommunale Zweckverbände sowie die Erbringung von Leistungen für Umland-Gemeinden. Zudem weist der Beitrag auf die demokratiepolitisch höchst problematische Situation hin, dass ein so umstrittener Rechtsakt wie der Vorschlag für die Konzessionsrichtlinie im Rahmen eines beschleunigten Gesetzgebungsverfahrens zustande gekommen ist und dass das ordentliche Gesetzgebungsverfahren – wie im Primärrecht vorgesehen – in der Praxis kaum noch Anwendung findet. Letztlich stellt sich die Konzessionsrichtlinie allerdings als Beispiel für eine erfolgreiche Auseinandersetzung um die Daseinsvorsorge dar: Im Juni 2013 gab Kommissar Barnier schlussendlich den Richtungsschwenk der Kommission und eine komplette Ausnahme des Wasserbereichs aus der Konzessionsrichtlinie bekannt (Strahlhofer/Wagner 2013). Damit ist vorerst ein weiterer Versuch zur Liberalisierung des Wassersektors der Kommission gescheitert. Zurückzuführen ist dieser Erfolg auf die Kämpfe einiger europäischer und nationaler Abgeordneter, die massiven Proteste seitens vieler VertreterInnen

von Städten, Gemeinden, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sowie letztendlich einer überaus erfolgreichen Europäischen BürgerInneninitiative. Als Fragezeichen bleibt bestehen, warum die Proteste gegen den Richtlinienvorschlag außerhalb von Deutschland und Österreich lediglich von relativ wenigen UnterstützerInnen mitgetragen wurden.

Vor dem Hintergrund der Krise beleuchten *Joseph Zacune* und *Sol Trumbo Vila* in ihrem Beitrag, welche Folgewirkungen sich aus dem gegenwärtigen europäischen Regime der Austerität für die Leistungen der Daseinsvorsorge ergeben. Die Autoren zeigen auf, wie die Krise als Vorwand dafür verwendet wurde, den Neoliberalismus und insbesondere die Doktrin der Wettbewerbsfähigkeit in der EU noch weiter zu vertiefen: Neben erhöhtem Druck auf die Lohnkosten sind Kürzungen im Bereich öffentlicher Leistungen und Privatisierungen von Staatsbesitz Schlüsselemente der gegenwärtigen Troika-Politik. Zum einen weisen Zacune und Trumbo Vila darauf hin, dass die auf Privatisierungen abzielende Ausrichtung der Troika-Politik womöglich gegen das EU-Primärrecht verstößt. Denn der Artikel 345 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) verankert die Unparteilichkeit gegenüber den mitgliedstaatlichen Eigentumsordnungen. Sie schließen damit auch unmittelbar an aktuelle Auseinandersetzungen zur Rechtswidrigkeit der Troika-Politik an (Fischer-Lescano 2013). Zum anderen zeigt der Beitrag auf, dass diese Politik oftmals nicht einmal das selbst gewählte Ziel der Verringerung der Staatsschulden zu erreichen vermag. Zacune und Trumbo Vila bilden ein breites Spektrum der unterschiedlichen Auswirkungen der Austeritätspolitik ab: Entwicklungen in den öffentlichen Gesundheitssystemen, welche Mangelernährungen, Anstieg von Depressionen und der Selbstmordraten zur Folge haben; Privatisierungsbestrebungen im staatlichen Gesundheitssystem im Vereinigten Königreich; Abwanderungstendenzen in Irland; die Tätigkeit der griechischen Privatisierungsagentur, welche den Verkauf beinahe des gesamten Spektrums öffentlicher Dienstleistungen abwickelt; Privatisierungswellen in Spanien und Portugal sowie aktuelle Privatisierungspläne in Italien. Aus den Erfolgen der Protestbewegungen in den einzelnen Ländern sowie Ansätzen der Selbstorganisation, mit welchen sich die Autoren ebenfalls befassen, lassen sich zumindest einige positive Ausblicke gewinnen.

Der Beitrag von *Markus Krajewski* widmet sich wiederum einer Arena der Auseinandersetzung, die unmittelbar an die Erfahrungen der GATS 2000-Verhandlungen anschließt. Wenn außereuropäische Aspekte in der rechtlichen Debatte über öffentliche Dienstleistungen bislang überhaupt adressiert wurden, dann bezogen sich die einschlägigen Diskurse meistens auf die Frage, wie öffentliche Dienstleistungen durch Bestimmungen des

WTO-Dienstleistungsabkommens GATS beschränkt und begrenzt werden. Die Auswirkungen bilateraler und regionaler Handels- und Investitionsabkommen der EU auf öffentliche Dienstleistungen sind hingegen bisher noch kaum analysiert und diskutiert. Diese erleben jedoch insbesondere auch angesichts der stockenden WTO-Verhandlungen und des bilateralen Schwenks der EU-Globalisierungspolitik eine Hochkonjunktur. Vertragsprojekte der »neueren Generation« wie z.B. das EU-Kanada-Abkommen »CETA«, das plurilaterale Dienstleistungsabkommen »TiSA« oder das mittlerweile prominentere EU-USA-Abkommen »TTIP« bergen nicht zuletzt den Anspruch, als eine Art »Goldstandard« für das künftige Regelwerk des internationalen Dienstleistungshandels zu dienen. Vor diesem Hintergrund analysiert Krajewski die verschiedenen Elemente, mit denen in Freihandelsabkommen regulatorische Spielräume für die Erbringung, Finanzierung und Organisation öffentlicher Dienstleistungen aufrechterhalten werden können. Im Zuge dessen wird das Konfliktpotenzial zwischen öffentlichen Dienstleistungen und Handels- und Investitionsabkommen herausgearbeitet und vor allem auch die potenzielle Tragweite von neueren Liberalisierungstechniken wie z.B. dem »Negativlistenansatz« und von »Sperrklinkenklauseln« verdeutlicht. Ein tieferes Verständnis dieser Mechanismen ist unerlässlich, um den vielfach öffentlichkeitsfern und technokratisch geführten Verhandlungen besser begegnen zu können. Andernfalls kann ein im Rahmen dieser Abkommen gelöstes »one-way ticket« in Richtung vertiefter Marktintegration gerade auch mit aktuellen Projekten zur Rückführung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand kollidieren.

3. Alternativen für die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen

Im dritten Abschnitt rückt das Thema der Alternativen für die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen stärker in den Mittelpunkt. Damit sollen wichtige Ansatzpunkte für einen Perspektivenwechsel vorangebracht werden, der über die Grenzziehungen vorherrschender Liberalisierungs- und Privatisierungsideologie hinausweist. Dafür braucht es nicht zuletzt eine Auseinandersetzung mit den Widersprüchen, mit denen gegenwärtige Gegenbewegungen nach mehr als zwei Jahrzehnten marktgängiger (De)Formation öffentlicher Dienstleistungen konfrontiert sind.

Roland Atzmüller nimmt dafür aktuelle Diskussionen zur Entwicklung des Wohlfahrtsstaates in der Krise auf. So zeigt sich in den austeritätspolitischen Formen der Krisenbearbeitung zwar eine unmittelbare Kontinuität der neoliberalen Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat, die Anfang der 1980er

Jahre in den USA und Großbritannien (und vor dem Hintergrund der latein-amerikanischen Erfahrungen in Staaten wie Chile) ihren Ausgang nahmen. Doch Atzmüller zieht zugleich in Zweifel, ob Ansätze, die dieser Politik so genannte Social-Investment-Strategien entgegenstellen, eine tragfähige Alternative darstellen. Diese Strategien heben die Bedeutung sozialpolitischer Ausgaben und insbesondere auch von Investitionen in (Aus)Bildung und soziale Dienstleistungen für die Prosperität des Wirtschaftsstandortes hervor. Zugleich wird gezeigt, wie dieser Versuch, den Staat bzw. öffentliche Institutionen wieder zu einem legitimen Akteur der wirtschaftlichen Entwicklung zu machen, gegenteilige Effekte bewirken kann. Dies geschieht, wenn beispielsweise Ausgaben für die Alterssicherung, öffentliche Dienste oder eine als »unproduktiv« stigmatisierte Armutsbevölkerung in den Auseinandersetzungen um Budgetkonsolidierung gegen investive Ausgaben für z.B. Bildung oder den Ausbau der Kinderbetreuung ausgespielt werden. Es brauche hingegen eine Perspektive, die über defensive Abwehrkämpfe hinausreicht: Nach Atzmüller muss es darum gehen, durch die Stärkung des öffentlichen Charakters der Produktion bestimmter Güter und Dienstleistungen die Demokratisierung der Gesellschaft als radikale Alternative zur marktförmigen Allokation von Ressourcen voranzutreiben, um die dominanten Formen des Krisenmanagements herausfordern zu können.

Judith Schacherreiter präsentiert in ihrem Beitrag das Commons-Konzept als ein alternatives Modell, welches auch die Auseinandersetzung um die öffentlichen Dienstleistungen bereichern könnte. Dabei unternimmt die Autorin zunächst eine historische und theoretische Einbettung des Commons-Konzepts, welches sich im vorkapitalistischen England für gemeinschaftlich genutztes Land entwickelt hat. Darauf aufbauend stellt Schacherreiter in Lateinamerika gelebte, aktuelle Commons-Ansätze dar und konkretisiert diese anhand der Wassercommons in der peruanischen Gemeinde Huaynacota: In genanntem Beispiel ist es durch Anwendung des Commons-Konzepts der Bevölkerungen gelungen, dem Problem der Wasserknappheit eine effiziente und sozial gerechte Verteilung zwischen allen Gemeindemitgliedern entgegen zu stellen und gleichzeitig landwirtschaftliches Wissen vor Ort zu sichern. Zwar ist das Commons-Konzept als »Alternative jenseits von Staat und Privat« verortet, zugleich versteht die Autorin dies auch nicht als Absage an den Sozialstaat. Jedoch fordert sie eine Demokratisierung desselben und die Herstellung einer Verbindung zwischen NutzerInnen und öffentlichen Gütern bzw. Dienstleistungen. Insofern lassen sich auch Parallelen zwischen diesem Beitrag und den Folgebeiträgen zum Themenkomplex Rekommunalisierungen ziehen. Für den rechtlichen Diskurs weist der Beitrag zudem auf die notwendige Transformation des Ei-

gentumsbegriffs («neue eigenständige Commons-kategorie neben dem Eigentum») hin, durch welche ein effektiver Schutz vor Privatisierungen für die öffentlichen Dienstleistungen geschaffen werden könnte. Weitere Ansatzpunkte für Alternativen sieht Schacherreiter im Bereich des internationalen Menschenrechtsdiskurses – welcher etwa auch titelgebend für die europäische BürgerInneninitiative »Wasser und Sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht« war – sowie in bei Fischer-Lescano/Möller skizzierten »globalen sozialen Rechten« (Fischer-Lescano/Möller 2012).

Martin Pigeon widmet sich mit dem Thema Wasserrekommunalisierung einem besonders relevanten Sektor: Er weist darauf hin, dass in den vergangenen 15 Jahren in 86 Städten quer über alle Kontinente die Wasserversorgung rekommunalisiert wurde. Der Beitrag zeigt, dass die Rekommunalisierung der Wasserversorgung in der Stadt Paris nicht nur erhebliche Einsparungen für die NutzerInnen und die öffentliche Hand mit sich brachte, sondern auch von symbolisch großer Bedeutung war: Die beiden weltweit größten Wasserkonzerne Veolia und Suez haben ihren Firmensitz in Paris. Anhand eines umfangreichen Kriterienkatalogs analysiert Pigeon neben dem Beispiel Paris noch vier weitere internationale, bereits abgeschlossene Rekommunalisierungsprojekte im Wassersektor: Hamilton (Kanada), Buenos Aires (Argentinien), Dar es Salaam (Tansania) und Malaysia. Er zieht dabei eine durchweg positive Bilanz: In allen untersuchten Beispielen führte die Rekommunalisierung zu einer transparenteren Dienstleistungserbringung, in den meisten Fällen zu einer gerechteren und effizienteren Leistung. Durch Rekommunalisierungen gelang es nicht nur Ersparnisse und Effizienzgewinne zu lukrieren, sondern auch große durch Privatisierung verursachte umweltpolitische Herausforderungen zu bewältigen und öffentliche Dienstleistungen somit längerfristig nachhaltig auszurichten sowie Wasserdienste auch ärmeren Teilen der Bevölkerung zugänglich zu machen. Dass das Resümee zu Rekommunalisierungen bei Pigeon positiver ausfällt als im nachfolgenden Beitrag von Falk und Schulten, mag auf die untersuchten Sektoren und Länder zurückzuführen sein, könnte teilweise aber auch daran liegen, dass die Qualität der Arbeitsplätze bei Pigeon nur ein Kriterium in einem weit gefassten Kriterienkatalog (u.a. Zugänglichkeit, Effizienz und Qualität der Dienste, Transparenz der Prozesse, Nachhaltigkeit) darstellt. Insofern können die unterschiedlichen Akzentsetzungen der beiden Beiträge auch eine gute Vergleichsfolie für die Weiterentwicklung von Rekommunalisierungsprojekten sein.

Claudia Falk und *Thorsten Schulten* werfen aus Sicht der Gewerkschaften einen Blick auf den Trend der Rekommunalisierung. Obwohl die beiden AutorInnen ArbeitnehmervertreterInnen quer durch Europa zu den vehe-

mentesten KritikerInnen der europäischen Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik zählen, gestalten sich Diskussionsprozesse und Positionierungen zu Rekommunalisierungen innerhalb der Gewerkschaften nicht als derart einhellig, als man vordergründig hätte annehmen können. Anhand des Beispiels der Rekommunalisierungen im Energiesektor – während die Bevölkerung in Hamburg sich für den Rückkauf der Stromnetze aussprach, ging der Volksentscheid in Berlin gegen die Rekommunalisierung aus – zeichnen Falk und Schulten die Bruchlinien innerhalb der deutschen Gewerkschaften nach: In beiden Städten fanden sich Teile der Gewerkschaft auf Seiten der BefürworterInnen, aber auch auf Seiten der GegnerInnen der Rekommunalisierung. Die Bruchlinien in der Positionierung verliefen sogar durch einzelne Gewerkschaften. Jedoch positionierten sich auch die gewerkschaftlichen GegnerInnen des Rückkaufs nicht als grundsätzliche KritikerInnen von Rekommunalisierungen, sondern befürchteten im konkreten Fall negative Auswirkungen für die Beschäftigten, insbesondere auch Einschnitte bei den Löhnen. In anderen Sektoren – Beispiel Abfallwirtschaft Böblingen – gibt es aber auch in Deutschland Beispiele, wo sich Rekommunalisierungen als Win-win-Situation für alle Beteiligten (Beschäftigte, NutzerInnen, Kommune) erwiesen haben. Als Leitlinie für zukünftige erfolgreiche Rekommunalisierungen haben Falk und Schulten daher einen detaillierten Kriterienkatalog aus Sicht der Beschäftigten erstellt, welcher u.a. Themen wie Arbeitsplatzgarantie, atypische und prekäre Beschäftigung, Mitbestimmungsmöglichkeiten oder frühzeitige Einbindung der Beschäftigten erfasst.

Der abschließende Beitrag von *Christoph Hermann* setzt bei den Erfolgen und Misserfolgen bisheriger gewerkschaftlicher Strategien im Kampf um öffentliche Dienstleistungen an. In einer Reihe von Fallbeispielen wird aufgezeigt, wie sich diese Auseinandersetzung mehrfach gewandelt hat: Das Repertoire reicht von unmittelbaren Streiks, neuen Wegen der Mitgliederorganisation, dem Aushandeln von Zugeständnissen über neue Protest-, Kampagnen- und Bündnisformen bis hin zu einer verstärkten Einmischung in das Lobbyieren auf europäischer Ebene. Dabei stellten sich die im Zuge von Liberalisierungs- und Privatisierungsprozessen gemachten Zugeständnisse im Nachhinein nicht selten als Fehler heraus. Während die Gewerkschaften vielfach davon ausgingen, dass es sich dabei um einmalige Zugeständnisse handelte, führten der durch den Wettbewerb initiierte Kostendruck oder die Renditeforderungen der privaten Eigentümer dazu, dass dieser Prozess immer weiter fortgesetzt wurde. Die Erfahrungen haben zudem auch bei erfolgreichen Protesten gezeigt, dass es schwierig ist, den Aktivismus der UnterstützerInnen über einen längeren Zeitraum aufrechtzuerhalten, vor allem dann, wenn das unmittelbare Ziel erreicht ist. Eine ähnliche Problema-

tik sieht Hermann darin, die oft mühsam erarbeiteten Koalitionen zwischen verschiedenen BündnispartnerInnen auch mit Blick auf spätere Auseinandersetzungen zu verstetigen. Dazu kommen die Herausforderungen, die indirekter angelegte Strategien zur Aushöhlung öffentlicher Dienstleistungen an ihre KritikerInnen stellen. So eignen sich Kampagnen und Proteste zwar für unmittelbar greifbare Bedrohungen einer Privatisierung. Es zeige sich aber auch, dass es viel schwieriger ist, UnterstützerInnen gegen schleichende Privatisierungen wie z.B. in der Form von Auslagerungen zu mobilisieren. Insbesondere angesichts der fortgesetzten Austeritäts- und Liberalisierungspolitik in der EU geht Hermann davon aus, dass sich die Kämpfe um öffentliche Dienstleistungen in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter verschärfen werden. Für die Zukunft wird nicht nur eine gezielte Kombination von Strategieoptionen, sondern auch ein hohes Maß an Entschlossenheit und Flexibilität als essentiell angesehen. Dazu gehört nicht zuletzt, angesichts der vielfachen Privilegierung von Unternehmensinteressen in bestehenden Entscheidungsstrukturen rechtzeitig auf den Aufbau öffentlichen Gegendrucks zu setzen.

Danksagung

Vor dem Hintergrund dieser mannigfaltigen Auseinandersetzungen gilt unser Dank dem Netzwerk Wissenschaft der Arbeiterkammer Wien und den TeilnehmerInnen der Tagung »Reclaim Public Services«.² Ihre finanzielle und inhaltliche Unterstützung hat das Projekt maßgeblich vorangebracht. Unter den Vielen, die die Entstehung von RPS begleitet haben, möchten wir zudem insbesondere Marion Fisch, Lukas Neißl, Judith Schacherreiter und Angelika Adensamer für ihre organisatorische, übersetzende und lektorierende Unterstützung danken.

Literatur

- Bieling, Hans-Jürgen (2003): Die Europäische Union: neoliberale Handlungsarena und Kampffeld für eine progressive Politik, in: Faschingeder, Gerald et al. (Hrsg.): *Bewegung Macht Geschichte*, Wien: Mandelbaum, S. 57-79.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deckwirth, Christina/Schmalz, Stefan (Hrsg.) (2008): *Liberalisierung und Privatisierung in Europa. Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brenner, Neil/Peck, Jamie/Theodore, Nik (2014): *New constitutionalism and va-*

² Die Online-Dokumentation der Tagung findet sich unter http://wien.arbeiterkammer.at/service/veranstaltungen/rueckblicke/Rueckkehr_des_Oeffentlichen.html.

- riegated neo-liberalization, in: Gill, Stephen et al. (Hrsg.): *New Constitutionalism and World Order*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 126-142.
- Broß, Siegfried/Engartner, Tim (2013): Vom Wasser bis zur Müllabfuhr: Die Renaissance der Kommune, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/2013, S. 90-96.
- Feigl, Georg/Zuckerstätter, Josef (2013): Wettbewerbs(des)orientierung, Policy Paper Nr. 2, http://www.foreurope.eu/fileadmin/documents/pdf/PolicyPapers/WWWforEurope_Policy_Paper_002.pdf (11.4.2014)
- Fischer-Lescano, Andreas (2013): Austeritätspolitik und Menschenrechte. Rechtspflichten der Unionsorgane beim Abschluss von Memoranda of Understanding, http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Studie_Austeritaetspolitik_und_Menschenrechte.pdf (11.4.2014)
- Fischer-Lescano, Andreas/Möller, Kolja (2012): *Der Kampf um globale soziale Rechte*, Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.
- Hermann, Christoph/Verhoest, Koen (2012): *The Process of Liberalisation, Privatisation and Marketisation*, in: Hermann, Christoph et al. (Hrsg.): *Privatisation of Public Services. Impacts for Employment, Working Conditions, and Service Quality in Europe*, Houndmills: Palgrave, S. 6-32.
- Huffschnid, Jörg/Mazier, Jacques (2009): *The Role of the Public Sector in a Progressive Construction of Europe*, in: Frangakis, Marica et al. (Hrsg.): *Privatisation against the European Social Model. A Critique of European Policies and Proposals for Alternatives*, Houndmills: Palgrave, S. 245-255.
- Krajewski, Markus (2013): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse als Element europäischer Staatlichkeit, in: Bast, Jürgen et al. (Hrsg.): *Wohlfahrtsstaatlichkeit und soziale Demokratie in der EU*, *Europarecht Beiheft* 1/2013, S. 109-129.
- Matecki, Claus/Schulden, Thorsten (2013): *Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung*, Hamburg: VSA.
- Oberndorfer, Lukas (2013): Die Antwort auf die soziale Krise: Troika für alle! – Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit als nächste Etappe in der Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik?, *infobrief eu & international* 1/2013, S. 19-26, http://media.arbeiterkammer.at/PDF/EU_Infobrief_1_2013.pdf (11.4.2014)
- Opratko, Benjamin/Prausmüller, Oliver (Hrsg.) (2011): *Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie*, Hamburg: Argument.
- Prausmüller, Oliver (2013): GATS reloaded, in: *infobrief eu & international* 2/2013, S. 25-27, http://media.arbeiterkammer.at/PDF/EU_Infobrief_2_2013.pdf (11.4.2014)
- Raza, Werner (2009): *Privatisierungseffekte in Europa*, in: Candeias, Mario et al. (Hrsg.): *Krise der Privatisierung. Rückkehr des Öffentlichen*, Berlin: Dietz, 41-52.
- Sinclair, Scott/Mertins-Kirkwood, Hadrian (2014): *TISA versus Public Ser-*

vices, <http://www.world-psi.org/en/psi-special-report-tisa-versus-public-services> (11.4.2014)

Sinclair, Scott (2014): Trade agreements, the new constitutionalism and public services, in: Gill, Stephen et al. (Hrsg.): *New Constitutionalism and World Order*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 179-196.

Strahlhofer, Lukas/Wagner, Alice (2013): EU-Bürgerinitiative zu Wasser: Schon jetzt ein Erfolg?, *Blog Arbeit & Wirtschaft*, Eintrag vom 12. November 2013, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/eu-buergerinitiative-zu-wasser-schon-jetzt-ein-erfolg/> (11.4.2014)

Wagner, Alice (2013): Daseinsvorsorge in Europa, in: *Wirtschaft & Umwelt*, 4/2013, S. 14-17, <http://www.ak-umwelt.at/schwerpunkt/?issue=2013-04> (11.4.2014)

Die Autorinnen und Autoren

Roland Atzmüller ist Assistenzprofessor an der Johannes Kepler Universität Linz, Abteilung für theoretische Soziologie und Sozialanalysen (TSS). Von 2002 bis 2011 war er Mitarbeiter bei FORBA (Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt). Arbeitsschwerpunkte: kritische Staats- und Gesellschaftstheorien, Veränderungen des Wohlfahrtsstaates und der Sozialpolitik, sowie Transformationen der Arbeit und Ausbildungspolitik.

Claudia Falk ist Journalistin und Dipl.-Sozialpädagogin. Nach fast zehn Jahren Tätigkeit als DGB-Pressesprecherin arbeitet sie seit 2011 in der Wirtschaftsabteilung der DGB-Bundesvorstandsverwaltung. Hier beschäftigt sie sich im Rahmen ihres Themenfeldes Öffentliche Daseinsvorsorge mit Rekommunalisierung. Zudem ist sie für die DGB-Mindestlohnkampagne verantwortlich.

Jörg Flecker ist Professor am Institut für Soziologie der Universität Wien und Vorstandsmitglied der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in Wien. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsorganisation, Arbeitsbeziehungen, Beschäftigungssysteme, Internationalisierung, öffentliche Dienstleistungen.

David Hall ist Gastprofessor an der Public Services International Research Unit (PSIRU) der University of Greenwich. Seine Forschungs- und Publikationstätigkeit bezieht sich insbesondere auf öffentliche Dienstleistungen und verschiedene Formen der Privatisierung.

Christoph Hermann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in Wien und Lektor an der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Politische Ökonomie, Arbeit, Privatisierung, Gewerkschaftspolitik, Europäische Integration.

Markus Krajewski lehrt Öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Erlangen-Nürnberg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Wirtschaftsvölkerrecht, Europäisches Außenwirtschaftsrecht und das Recht öffentlicher Dienstleistungen. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesvereinigung Öffentliche Dienstleistungen (bvöd) und berät Gewerkschaften, kommunale Unternehmen und Verbände zu Fragen des internationalen Handels- und Investitionsschutzrechts.

Martin Pigeon arbeitet seit 2008 als Forscher und Campaigner für die NGO Corporate Europe Observatory (CEO) in Brüssel, zuvor war er als freier Autor und Übersetzer tätig. Seine Schwerpunkte liegen in den Bereichen Wasserprivatisierung, Ernährung und Landwirtschaft sowie Wissenschafts- und Forschungspolitik. CEO fokussiert darauf, den privilegierten Zugang sowie Einfluss von Unternehmen und ihren Lobbygruppen in der EU-Politik sichtbar zu machen und anzufechten.

Oliver Prausmüller ist seit 2011 Mitarbeiter der Abteilung EU & Internationales der Arbeiterkammer Wien mit den Schwerpunkten Außenwirtschafts- und Handelspolitik sowie öffentliche Dienstleistungen. Zudem ist er als Lektor (Universität Wien, FH des bfi Wien) tätig und im Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) aktiv.

Werner Raza ist Wirtschaftswissenschaftler und Leiter der ÖFSE – Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung in Wien. Zahlreiche Lehraufträge und Forschungsaufenthalte an in- und ausländischen Universitäten und Forschungseinrichtungen. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Internationaler Handel, Politische Ökonomie von Privatisierung und Liberalisierung, Entwicklungsökonomie und -politik, insbesondere Entwicklungsfinanzierung.

Heide Rühle, Mitglied des Europäischen Parlamentes von 1999 bis 2014, Fraktion Die Grünen/EFA, Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherpolitik, mit Schwerpunkt öffentliche Auftragsvergabe, ist Autorin zweier Resolutionen des Europäischen Parlamentes zum Vergaberecht, Mitglied des informellen Trilogs zur Verhandlung der Vergabe- und Konzessionsrichtlinien.

Judith Schacherreiter ist Universitätsassistentin an der Abteilung für Rechtsvergleichung der Universität Wien. Sie forschte zwei Jahre in Mexiko und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift *juridikum*. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich des Privat-, insbesondere Eigentumsrechts, des Internationalen Privatrechts und der Rechtsvergleichung mit besonderem Fokus auf das Recht in Lateinamerika.

Thorsten Schulten ist Wissenschaftler am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans Böckler Stiftung in Düsseldorf. Arbeitsschwerpunkte: International vergleichende Arbeitsbeziehungen, Lohn- und Tarifpolitik, Politische Ökonomie der Europäischen Integration

Sol Trumbo Vila ist Ökonom mit Spezialisierung auf internationale Beziehungen. Er koordiniert das »EU economic governance«-Projekt für das Transnational Institute (TNI) und arbeitet eng mit sozialen Bewegungen zusammen, die sich gegen die gegenwärtigen neoliberalen Politiken der EU richten und an Alternativen arbeiten. Zudem ist er Autor für das Netzwerk transform! und die Rosa Luxemburg Stiftung mit dem Schwerpunkt politische Mobilisierung sowie Allianzenbildung.

Alice Wagner ist seit 2004 als Juristin in der Abteilung EU und Internationales der Arbeiterkammer Wien tätig, Arbeitsschwerpunkte: Europarecht und -politik, insbesondere öffentliche Dienstleistungen, Kräfteverhältnisse, Transparenz und Lobbyingkontrolle, zudem ist sie als Lektorin an der FH bfi Wien und in der Redaktion der Zeitschrift *juridikum* aktiv.

Joseph Zacune arbeitete als Politikberater und Forscher zu Fragen von Klima, Energie und Landnutzung für Organisationen wie Oxfam, Friends of the Earth International, Via Campesina und das Transnational Institute (TNI).